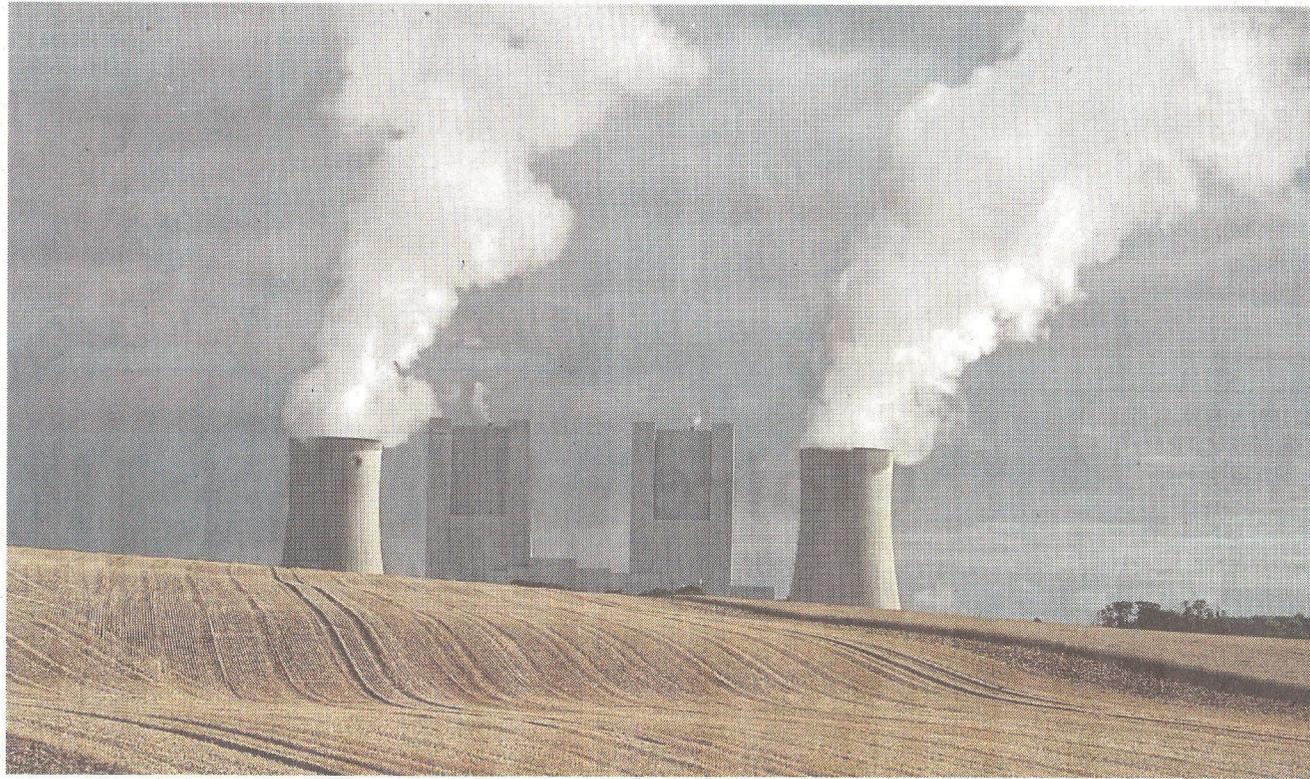


Zur deutschen Energiepolitik erreichte die Redaktion folgende Zuschrift.

Unsere Energiepolitik, gefangen im typisch deutschen Bermudadreieck – mit den Eckpunkten politische Machtbesessenheit, Tunnelblick und Lobbyistenhörigkeit gepaart mit Entscheidungsunfähigkeit und überbordender Bürokratie.

Ich möchte hier aus meiner Sicht dieses Phänomen mal betrachten. Die Diskussionen über den Weiterbetrieb von Kern- und Kohlekraftwerken sind in allen Medien omnipräsent und führen zum unterschiedlichen Streit zwischen Befürwortern und Gegnern.

Ich habe vor 45 Jahren im Studium gelernt, dass es eigentlich nur zwei verschiedene Kraftwerkstypen gibt. Das eine sind die Grundlastkraftwerke und das andere die Spitzenlastkraftwerke. Zu den Grundlastkraftwerken



Das Braunkohlekraftwerk Neurath steht in der Morgensonne. Aufgrund der Gasknappheit plant die Bundesregierung, dass einige Kohlekraftwerke längere Laufzeiten erhalten.

FOTO: DPA

den, wo er verbraucht wird, wie es im Großen und Ganzen mit den Atom- und Kohlekraftwerken derzeit auch passiert. Wenn wir diese jetzt aber abschalten, muss gerade der Süden Deutschlands mit Strom aus dem Norden versorgt werden. Speziell in Bayern beharrt man ja immer noch auf der 10-H-Regel für Windräder (Abstand zu Wohnbebauung 10-mal Höhe des Windrades).

Mit unseren derzeitigen 110 Kilovolt-Leitungen haben wir bei 800 Kilometer Leitungslänge circa 40 Prozent Leitungsverlust. Auch die neue Südlink-Trasse mit 380 Kilovolt hat noch immer circa zehn Prozent Verlust auf 800 Kilometern Länge. Und bis sie wirklich fertig ist, wird es dauern.

Ich hoffe nur, die Infrastrukturplanungen für die Energiewende in den Städten und Gemeinden laufen schon auf Hochtouren. Wenn ab

zählten Kohle-, Atom-, und in gewissem Maße Wasserkraftwerke. Spitzenkraftwerke waren (und sind eigentlich) die Gaskraftwerke. Die Grundlastkraftwerke produzieren den Strom kontinuierlich 24 Stunden am Tag mit annähernd der gleichen Leistung, da schnelle Leistungsänderungen nicht möglich sind. Bei Bedarf werden deshalb Spitzenkraftwerke dazugeschaltet, die Leistungsänderungen recht flexibel umsetzen können.

Heute ist die Situation mit Wind- und Sonnenenergie deutlich komplexer. Hinzu kommt die Vernetzung mit unseren Europäischen Partnern. Allerdings können weder Windräder noch PV-Anlagen die Grundlastkraftwerke ersetzen, da die erzielbare Leistung vom Wetter abhängt.

Wenn wir jetzt Kohle- und

Kernkraftwerke abschalten, müssen wir die fehlende Energie durch Gaskraftwerke ersetzen (oder aus dem Ausland dazu kaufen), die eigentlich dafür gar nicht vorgesehen sind. Und das Ganze, wo uns Herr Putin jetzt den Gashahn zudreht.

Meine Frage an die Politik ist: Wie konnte es so weit kommen? (Aber wir können ja die Raute machen und sagen: Wir schaffen das.) Die Bundesregierungen der letzten 16 Jahre haben uns fahrlässig in dieses Bermudadreck manövriert. Die Entscheidung, aus Kohle und Kernkraft auszusteigen, ist grundsätzlich richtig, aber nur wenn genug Energie aus erneuerbaren Energien zur Verfügung steht. Was komplett bei den Entscheidungen vergessen wurde, war die Tatsache, dass genügend erneuer-

bare Energien 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen müssen. Dafür muss es am Tag des Atom- und Kohleausstiegs aber auch Speichermedien für Wind- und Sonnenenergie geben. Diese haben wir mal wieder glatt vergessen, denn dafür ist vorausschauendes Denken erforderlich und kein Tunnelblick.

Das große Schlagwort und der Heilsbringer für die Speicherung unserer „grünen“ Energie heißt „grüner“ Wasserstoff. Dieser wird dann aus Wind- und Solarstrom ohne Emissionen erzeugt. Allerdings wird für die Erzeugung auch Wasser in riesigen Mengen gebraucht. In Europa und auch in vielen anderen Ländern der Welt haben wir schon jetzt Wasserknappheit. Natürlich haben wir unendliche Ressourcen in den

Weltmeeren, worauf uns unsere Politiker und Wirtschaftsbosse immer wieder hinweisen. Aber auch hier wird der wichtigste Aspekt nicht genannt oder wissentlich verschwiegen: Wasserstoff kann mit den derzeit verfügbaren Technologien nur aus Süßwasser gewonnen werden. Meerwasser muss erst aufwendig entsalzt werden. Dabei fallen riesige Mengen an hochkonzentrierter Salzlauge an. Und wie werden diese dann entsorgt?

Und Upps: Haben wir in Deutschland vielleicht doch noch den wichtigsten Punkt mal wieder vergessen? Nein? Doch! Wo entstehen in Deutschland die notwendigen Meerwasser-Entsorgungsanlagen und wo wird die Salzlauge entsorgt? Vielleicht im Nationalpark Wattenmeer? Ich bin jetzt fast 70 und auch

in den nächsten 25 Jahren werden wir es wohl nicht schaffen, eine solche Anlage an den deutschen Küsten zu errichten. Dann kaufen wir doch lieber den Wasserstoff in Afrika oder in der Golfregion.

Die Energie für die Erzeugung ist garantiert „grün“, aber wie sieht es dann mit den Abfallprodukten oder der fahrlässigen Entnahme von Grundwasser in den Erzeugerländern aus? Okay, für uns ist und bleibt es „grüner“ Wasserstoff. Hauptsache unsere Wirtschaft brummt und wirft genügend Dividende für die Aktionäre ab. Für mich geht Nachhaltigkeit allerdings anders.

Ein weiterer Punkt ist bei der Energiewende mal wieder mit Tunnelblick betrachtet worden: Strom muss eigentlich dort erzeugt wer-

2035 keine Verbrenner mehr neu zugelassen werden können und als Heizung hauptsächlich Wärmepumpen installiert werden müssen, reichen unsere derzeitigen lokalen Leitungsnetze garantiert nicht aus.

Einen Vorgeschmack werden wir vielleicht im nächsten Winter erleben. Günstige elektrische Heizlüfter sind derzeit überall ausverkauft. Und was werden wir Deutschen machen, um Gas zu sparen oder unsere Wohnung wärmer zu bekommen? Wir werden zusätzlich den elektrischen Heizlüfter anschalten. Wahrscheinlich aber nicht allzu lange. Dann geht das Licht aus und wir brauchen Kerzen. Die machen wenigstens ein beschauliches Licht und heizen auch noch.

Hans-Jörg Köster
Bücken

Zusatzkosten für die Gasumlage

Gas wird immer teurer, und auf die Verbraucher kommen enorme Mehrkosten zu. Eine staatliche Umlage soll für eine gerechte Verteilung der Belastungen sorgen.

Berlin – Gas ist knapp und teu-

hohen kurzfristigen Preissteigerungen direkt weiterzugeben. Die beschlossene Umlage ist befristet und endet am 1. April 2024.

Entscheidend ist der neue Paragraf 26 im Energiesicherungsgesetz. Dabei handelt es sich um eine saldierte Preis-anpassung, also einen Umla-

net und kann alle drei Monate angepasst werden.

Welche Kosten kommen auf die Verbraucher zu?

Das Portal Check24 hat ausgerechnet, dass Single-Haushalten Zusatzkosten von bis zu rund 300 Euro drohen, bei einer Familie sind es jährlich

schon knapp 1200 Euro. Auch wenn die Mehrwertsteuer komplett wegfiel, lägen die Mehrkosten für eine Familie noch bei 1000 Euro. Sichtbar werden könnte das aber erst auf der November- oder Dezember-Rechnung, denn es gelten aus Gründen des Verbraucherschutzes An-

kündigungsfristen von vier bis sechs Wochen. Auch die Wirtschaft ist eine riesige Gasverbraucherin. Einige Branchen, etwa die Stahlindustrie, forderten eine Obergrenze für die Umlage. Die Regierung will die Hilfsprogramme verlängern, um Firmen zu unterstützen. afp

er – wird aber in Deutschland noch immer in großen Mengen benötigt. Um zu verhindern, dass Importeure und Versorger in Schieflage geraten und somit die Versorgungssicherheit in Gefahr gerät, greift der Bund nun in den Gasmarkt ein. Fragen und Antworten zur Gasumlage:

Weshalb greift der Staat ein?

Russland hat zuletzt systematisch seine Gaslieferungen nach Deutschland gedrosselt und damit laut Wirtschaftsministerium eine „künstliche Energieknappheit“ geschaffen. Energiekonzerne wie Uniper und RWE, die den Rohstoff importieren, sind daher gezwungen, teure Alternativen einzukaufen. Sie müssen gleichzeitig ihre Lieferverträge mit den Versorgern einhalten, etwa mit den Stadtwerken. Die Versorger wiederum haben Verträge mit privaten und geschäftlichen Endkunden und sind auch selbst Gasverbraucher.

Bislang tragen die Importeure die Mehrkosten zu 100 Prozent selbst. Allerdings will der Staat vermeiden, dass die Firmen dadurch langfristig in Finanzschwierigkeiten geraten und so die Versorgungskette wie im Dominoeffekt zusammenbricht. Uniper musste bereits Staatshilfe beantragen. Daher können die Firmen ab Oktober 90 Prozent ihrer Mehrkosten weitergeben.

Auf welcher gesetzlichen Grundlage handelt der Bund?

Der Bund handelt, weil es sich um eine Krisenlage handelt. Auch im Normalfall geben die Unternehmen irgendwann die höheren Einkaufspreise weiter – allerdings darf das nicht während laufender Verträge passieren. Nun soll aber ermöglicht werden, die

gemechanismus. Die Mehrkosten für die Ersatzbeschaffung von Gas sollen auf alle Lieferanten und schließlich Gaskunden verteilt werden. Die Umlage ist für alle Lieferanten gleich hoch. Voraussetzung ist eine erhebliche Reduzierung der Gasimportmengen – diese hat die Bundesregierung aber bereits festgestellt. Nicht zum Tragen kommt Paragraph 24 desselben Gesetzes, denn dieser Preis-anpassungsmechanismus hätte nur die Weiterreichung zwischen betroffenen Lieferanten und Kunden erlaubt. Wer zufällig viel Gas aus Russland bezieht, hätte hier das Nachsehen gehabt.

Wie funktioniert der Mechanismus genau?

Ab Oktober können sich Importeure die Differenz aus dem Bezugspreis für die ausgefallenen Lieferungen und den Kosten für die Ersatzbeschaffung erstatten lassen – und zwar zu 90 Prozent. Die restlichen zehn Prozent tragen sie weiterhin selbst.

Dazu müssen die Firmen den Ausgleich beim Unternehmen Trading Hub Europe, dem Marktgebietsverantwortlichen im deutschen Gasmarkt, beantragen, das wiederum die genaue Höhe der Umlage berechnet und die Kosten an die Energieversorger weiterreicht. Diese, also in der Regel Stadtwerke, können die Kosten an die Verbraucher weitergeben. Den Prozess überwachen werden Wirtschaftsprüfer und die Bundesnetzagentur.

Wie hoch ist die Umlage?

Das ist noch unklar und soll am 15. August bekannt gegeben werden. Das Wirtschaftsministerium hatte zuletzt eine Größenordnung von 1,5 Cent bis fünf Cent pro Kilowattstunde genannt. Wenn die Umlage dann feststeht, soll sie monatlich abgerech-

Gas wird teurer

Regierung gibt Höhe der Umlage bekannt

VON ANDREAS HOENIG

Berlin – Heute ist der Tag der Wahrheit für Millionen von Gaskunden in Deutschland. Denn heute soll die Höhe der Gasumlage zur Rettung systemrelevanter Gasimporteure bekanntgegeben werden. Verbraucher müssen mit erheblichen Mehrkosten rechnen. Die Umlage kommt ab Herbst, viele Fragen sind aber noch offen:

Wie hoch wird die Umlage?

Die genaue Höhe der Umlage berechnet der sogenannte Marktgebietsverantwortliche Trading Hub Europe, ein Gemeinschaftsunternehmen der Gas-Fernleitungsnetzbetreiber. Sie soll am Montag mitgeteilt werden. Das Wirtschaftsministerium ging zuletzt von einer Spanne von 1,5 bis 5 Cent je Kilowattstunde aus. Die Umlage müssen alle Gasverbraucher, Firmen wie Privathaushalte, zahlen.

Das Vergleichsportale Verivox errechnete für diese Spanne für einen Single-Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 5000 Kilowattstunden Mehrkosten zwi-



Die Gaspreise werden ab Oktober steigen.

FOTO: BDPA

schen 89 und 298 Euro. Ein typischer Pärchenhaushalt würde demnach mit 214 bis 714 Euro belastet, eine Familie im Einfamilienhaus (20000 Kilowattstunden Verbrauch) mit 357 bis 1190 Euro. Darin ist die Mehrwertsteuer enthalten. Dazu kommen marktgetriebene, teilweise drastische Preissteigerungen, die schrittweise bei den Kunden ankommen.

Wann kommt die Umlage bei den Verbrauchern an?

Die Umlage gilt ab Anfang Oktober – sie werde aber nicht unmittelbar auf den Rechnungen sichtbar werden, sondern mit etwas Zeitverzug, so das Wirtschaftsministerium. Es gebe aus Verbraucherschutzgründen Ankündigungsfristen im Energiewirtschaftsgesetz von vier

bis sechs Wochen, die eingehalten werden müssten. Daher werde die Umlage wahrscheinlich erstmals im November/Dezember auf den Rechnungen ausgewiesen werden. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) rechnet allerdings damit, dass einige Versorger die Umlage schon ab dem 1. Oktober ihren Kunden in Rechnung stellen werden. Die Umlage wird laut Ministerium monatlich abgerechnet und kann alle drei Monate angepasst werden.

Warum ist die Umlage überhaupt nötig?

Gasimporteure haben Lieferpflichten gegenüber ihren Kunden, vor allem gegenüber Stadtwerken. Die Importeure können diesen Lieferpflichten nur gerecht werden, indem sie die ausgefallenen Mengen aus Russland durch den Kauf deutlich teurerer Mengen am Kurzfristmarkt ersetzen. Bisher können diese Mehrkosten nicht weitergegeben werden. Die Folge: Bei Importeuren sind erhebliche Verluste entstanden, der Fortbestand der Unternehmen kann gefährdet werden.

Deswegen hat der Bund mit dem Versorger Uniper ein milliardenschweres Rettungspaket vereinbart.

Welche offenen Fragen gibt es?

Ein Problem ist, wie mit Kunden mit Festverträgen umgegangen wird. Aus dem Ministerium hieß es bisher nur, dies werde geprüft. In einem Brief an Habeck warnten der BDEW und der Verband kommunaler Unternehmen, eine Preisanpassung gegenüber Kunden mit Verträgen ohne Anpassungsmöglichkeit könne bis zum 1. Oktober nicht durchgesetzt werden. Das betreffe durchschnittlich rund 25 Prozent der Haushaltskunden und des Kleingewerbes, bei einigen Versorgern sogar deutlich mehr.

Wie ist es mit der Mehrwertsteuer?

Stand jetzt wird auf die staatliche Gasumlage die Mehrwertsteuer fällig – der Staat verdient also mit. Die Bundesregierung würde die Umlage gern von der Mehrwertsteuer befreien – nach europäischem Recht ist das bisher aber nicht vorgesehen.

Die Kosten explodieren

Gasumlage beträgt ab Oktober 2,4 Cent pro Kilowattstunde

Berlin – Angesichts von Mehrkosten in Milliardenhöhe für private Haushalte und Unternehmen infolge der Einführung der Gasumlage häufen sich die Forderungen nach weiteren staatlichen Hilfen – insbesondere für Einkommensschwächere. Die Umlage bedeutet für eine Familie Mehrkosten von fast 600 Euro im Jahr für Gas. Ohne Mehrwertsteuer, wie von der Regierung gewünscht, wären es 484 Euro. Die Unternehmen belastet die Umlage laut Wirtschaftsforschern mit 5,7 Milliarden Euro.

Die Höhe der Gasumlage gaben am Montag die Gasnetzbetreiber bekannt: Sie beträgt ab Oktober 2,419 Cent. Das sind für einen Familienhaushalt mit einem Verbrauch von 20000 Kilowattstunden 576 Euro, für einen Singlehaushalt mit 5000 Kilowattstunden Verbrauch 144 Euro.

Auf Unternehmensseite sind laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) vor allem energieintensive Grundstoffindustrien wie die Chemie- und Metallindustrie sowie Hersteller und Verarbeiter von Glas, Keramik, Stei-



Auf Gaskunden kommen ab Herbst wegen einer staatlichen Umlage an Importeure deutliche Preissteigerungen zu.

FOTO: DPA

nen und Erden betroffen. Allein diese drei Branchen trügen mehr als die Hälfte der Mehrkosten.

Die Umlage soll Gasimporteure entlasten, die wegen der gedrosselten Lieferungen aus Russland anderswo für viel Geld Gas einkaufen müssen, um ihre Verträge zu erfüllen. Ihre Mehrkosten dürfen sie aktuell nicht weiterreichen, die Umlage soll diese Kosten ab Oktober zu 90 Prozent ausgleichen. Damit sollen Firmenpleiten und letztlich Lieferausfälle verhindert

werden. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) erklärte erneut, die Umlage sei „bei Weitem kein einfacher Schritt“. Sie sei aber notwendig, um die Wärme- und Energieversorgung in den privaten Haushalten und der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Sonst wäre die Versorgungssicherheit gefährdet.

Habeck versicherte: „Die Umlage muss und wird von einem weiteren Entlastungspaket begleitet werden.“ Gerade für diejenigen, die nicht viel haben, seien die hohen

„Wärmekontingent“

Sozialverbände schlagen wegen der hohen Gaspreise Alarm: Sie fordern etwa eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes und eine Ausweitung des Wohngeldanspruchs, die Einführung einer Kindergrundsicherung und eine Energiepauschale auch für Menschen in Rente. Auch ein „Wärmekontingent“ von 10000 Kilowattstunden pro Haushalt zu einem fairen Preis gehört zu den Vorschlägen. afp

Energiepreise eine hohe Belastung, die nicht oder nur schwer zu tragen sei. Vize-Regierungssprecherin Christiane Hoffmann sagte, wenn die Umlage am 1. Oktober fällig werde, dann würden auch weitere Entlastungen „bereit sein“.

Habeck bekräftigte, dass der Staat keine Mehrwertsteuer auf die Umlage erheben will. „Wir werden einen Weg finden, um sicherzustellen, dass es da nicht noch zu einer zusätzlichen Belastung kommt.“ **» KOMMENTAR**



Gasspeicher der Stadtwerke Kiel. „Wir müssen aufpassen, dass staatliche Eingriffe die Energiekrise nicht verschlimmbessern“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr.

FOTO: DPA

Debatte um Gasumlage geht weiter

Das nächste Speicherziel von 85 Prozent ist in Sichtweite – einen Monat früher als geplant. Im Großhandel sinkt der Gaspreis ein wenig. Die Debatte über die Gasumlage geht weiter. Wann die von Minister Habeck angekündigten Änderungen kommen, ist noch offen.

Berlin – Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck rechnet angesichts der Gasspeicherfüllstände mit sinkenden Großhandelspreisen. „Wir sind bei den Speicherbefüllungen besser vorangekommen, als das Gesetz es vorschreibt. Wir sind heute bei knapp 83 Prozent“, sagte der Grünen-Politiker am Montag. Bereits Anfang September werde der für Anfang Oktober vorgeschriebene Wert von 85 Prozent erreicht. Das führe dazu, „dass wir nicht mehr für jeden Preis einkaufen werden. Dadurch werden sich die Märkte beruhigen und runtergehen.“

Im Großhandel ließ die Hoffnung auf eine entspann-

tere Versorgungslage den Preis für Erdgas etwas fallen. Am Montagnachmittag lag der Preis des Terminkontrakts TTF für niederländisches Erdgas bei 286 Euro je Megawattstunde. Am Freitag war der TTF-Kontrakt noch mit rund 340 Euro gehandelt worden. Die Debatte über die Gasumlage hält unterdessen an. SPD-Chef Lars Klingbeil drang weiter auf Korrekturen. Es gebe Fehlentwicklungen, sagte er im ARD-„Morgenmagazin“. Die Gasumlage sei begründet worden, um Insolvenzen in der Energieversorgung abzuwenden, und das sei richtig gewesen. „Jetzt sehen wir aber, dass Unternehmen diese Gasumlage beantragen, die Milliardengewinne machen.“ Das sei „unanständige Trittbrettfahrei“, kritisierte Klingbeil. Man könne nicht Milliardengewinne machen und Milliarden-Steuergeld oben drauf bekommen wollen.

FDP-Fraktionschef Christian Dürr forderte, handwerkliche Fehler sollten bis zur Kabinettsklausur im brandenburgischen Meseberg am Dienstag beseitigt werden.

Entlastung für Bürger: Entscheidung bald

Die Ampel-Koalition will in den nächsten Tagen eine Entscheidung über neue Entlastungen für die von hohen Energiepreisen betroffenen Bürger treffen. Nach Ansicht von Grünen-Chefin Ricarda Lang sollte die Koalition noch in der laufenden Woche das geplante dritte Entlastungspaket auf den Weg bringen. Das sagte Lang am Rande eines Treffens des Grünen-Bundesvorstands bei Hannover. Auch SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hatte eine zügige Entscheidung „in wenigen Tagen“ angekündigt. Vorschläge, was das Hilfspaket enthalten sollte, kamen von Sozialdemokraten wie Grünen: Ein Beschlussentwurf der SPD-Fraktion vor einer Fraktionsklausur sieht **Direktzahlungen für Menschen mit wenig oder mittlerem Einkommen, Familien, Rentner, Studierende und Auszubildende** vor. Außerdem soll es eine **Preisbremse für den Grundbedarf an Energie und ein bundesweites 49-Euro-Ticket geben**. Mieter sollen vor Kündigung, Strom- und Gassperren geschützt werden, wenn sie die Nebenkosten nicht zahlen können. dpa

„Wir müssen aufpassen, dass staatliche Eingriffe die Energiekrise nicht verschlimmern“, sagte er der „Bild“. Die Umlage dürfe keinesfalls zu Extrarenditen bei Unternehmen führen. Der SPD-Abgeordnete Ralf Stegner sagte dem Blatt: „Die Klausur in Meseberg ist der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt, um die Gasumlage neu zu verhandeln.“ Unionsfraktionschef Friedrich Merz kritisiert

die Uneinigkeit der Regierungskoalition bei den Plänen für eine Gasumlage. „Ein schrecklicher Krieg in Europa, steigende Energiepreise und die Gefahr, dass unsere Wirtschaft auf Talfahrt geht. Gerade jetzt bräuchte es eine entschlossene Bundesregierung für Klarheit in unsicheren Zeiten“, sagte Merz. „Die Ampel müsste Orientierung geben und Verantwortung zeigen. Leider Fehlanzeige.“

Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett seien zerstritten, zögerlich „und haben offenbar keinen Plan“. So ein Verhalten verunsichere die Bürger und bringe Unruhe. Die Union will im Bundestag die Aufhebung der Gasumlagen-Verordnung mit sofortiger Wirkung beantragen.

Habeck selbst sagte, dass die Gasumlage kommen werde, „weil wir als Gesellschaft den Preis tragen müssen, dass wir uns zu lange in die russische billige Gasabhängigkeit begeben haben“. Sie sei keine Extrasteuer, sondern nehme jene Preiserhöhung vorweg, die sowieso gekommen wäre. Habeck räumte ein, dass es Unternehmen gebe, die sich für die Gasumlage angemeldet hätten, diese aber nicht benötigten. „Wir werden das Problem lösen. Wir werden die da vom Trittbrett wieder runterschubsen.“ Dabei sei es wichtig, dass das System der Gasumlage nicht zerstört werde und die Rechtssicherheit gewahrt bleibe. „Die Alternative wäre ja nicht keine Gasumlage, sondern kein Gas.“ dpa

Kraftwerke.

■ Geschäftsfelder

Von den 2021 erzeugten rund 109 Terawattstunden Strom stammten rund zwölf Prozent aus Wasserkraft, kaum weniger aus einem schwedischen Kernkraftwerk, rund 22 Prozent aus Braun- und Steinkohle und – mit knapp 54 Prozent der Löwenanteil – aus Erdgas. Gut ein Drittel der Erzeugungskapazität hat Uniper in Russland – wo das Unternehmen unter dem Namen Junipro an der Moskauer Börse gelistet ist und rund vier Prozent der nationalen Stromversorgung stemmt. Die Russland-Sparte soll jedoch abgestoßen werden.

Die Stromerzeugung macht rund die Hälfte des Geschäfts von Uniper aus. Bis 2025 sollen 1,5 bis zwei Gigawatt Leistung aus Wind und Solar dazukommen – was zwischen 4,5 und sechs Pro-

nicht zur Verfügung stehen. Das zweite – und aktuell relevantere – Standbein des Konzerns ist der globale Handel – vornehmlich mit Gas, daneben mit Kohle und CO₂-Zertifikaten. 2021 hat Uniper nach eigenen Angaben etwa 370 Terawattstunden Erdgas gekauft und vertrieben. Zur Einordnung: Das entspricht etwa 37 Prozent des deutschen Erdgasverbrauchs 2021. Damit beliefert der größte nationale Importeur etwa 100 deutsche Stadtwerke und diverse Industriekunden.

Deren Lieferungen – und die Preise dazu – hängen also an dem Düsseldorfer Konzern. Kann Uniper wegen Insolvenz nicht zu den alten Konditionen liefern, müssten die Abnehmer neue, teure Verträge bei anderen Anbietern abschließen.

Auch Logistik gehört zu den Leistungen der Uniper: 2021 hat der Konzern über

In seinen Kavernen kann Uniper 74 Terawattstunden Gas speichern. Zur Einordnung: Das entspricht etwa sieben Prozent des deutschen Jahresbedarfs.

Angesichts der Mondpreise – teilweise das Fünfzehnfache des Vorkrisenniveaus –, die gerade für Gas bezahlt werden, könnte der Konzern, wie andere Händler, viel verdienen. Doch gerade Uniper fehlt das Gas, weil Russland die vereinbarten Mengen nicht liefert. Dennoch muss Uniper die Verträge mit seinen Abnehmern erfüllen und das Gas dafür teuer nachkaufen. Im ersten Halbjahr fuhr der Konzern damit 12,4 Milliarden Euro Verlust ein.

■ Rettung

Abhilfe soll ab Oktober die Gasumlage bringen, über die alle Verbraucher 90 Prozent der Ersatzbeschaffungskosten tragen. Die Umlage gilt

■ Besitzverhältnisse

Die Hilfen gibt es nicht umsonst: Der deutsche Staat will bei Uniper einsteigen. Der junge Konzern hat bereits eine bewegte Geschichte hinter sich: 2016 entstand Uniper als Ausgründung des konventionellen und Wasserkraftwerksparks der Eon sowie deren Energiehandel. 2018 stieg der Mutterkonzern als Großaktionär aus. 2020 wurde der Konzern Fortum Mehrheitseigner, der inzwischen knapp 80 Prozent der Uniper besitzt und zur Hälfte vom finnischen Staat kontrolliert wird.

Für Fortum war der Kauf bisher ein schlechter Handel: Unter anderem wegen Uniper vermeldete der Konzern für das zweite Quartal Nettoverluste von 7,4 Milliarden Euro.

Teil des Rettungspakets ist nun ein großer Einstieg des

Infrastruktur kommt für den Bund dazu.

Wie viele Aktien der Bund am Ende bekommt – und nach welcher Laufzeit – wird derzeit noch verhandelt, erfuhr unsere Zeitung aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Es komme unter anderem darauf an, wie sich der Börsenkurs Unipers entwickle – und ob Fortum seinen Kredit von vier Milliarden Euro in einen Teil des Pflichtwandelinstruments umwandle. Es bleibt also noch offen, ob der Staat – wie bei der Lufthansarettung – profitieren kann.

Serie

25 Prozent der Gas-Umlage werden an den Händler Seffe – früher Gazprom Germania – fließen. Weshalb ein russischer Konzern mit deutschen Mitteln gestützt wird, analysieren wir im zweiten Teil.